

Editorial

Mit jedem neuen Heft unserer Zeitschrift geraten mindestens eine *reale* Krise oder auch *wahrgenommene* Krisenerscheinungen ins Blickfeld. Die Naturkatastrophe in Japan, die – ebenso wie der Hurrikan Katrina 2005 – von einer Technikkatastrophe begleitet wird, deren Ursachen zum großen Teil wiederum in „Regulierungsversagen“ zu suchen sind, erschüttert die globalisierte Ökonomie und die kollektive Wahrnehmung einer prekären Zivilisation. Die Wege zur Überwindung der Krise diktatorischer Regime in den arabischen Ländern sind noch lange nicht erkennbar. *Eine* der Folgen dieser komplexen Zusammenhänge für Europa rückt erneut ins Bewusstsein: die internationale Migration. In Deutschland erlangte sie im vergangenen Jahr durch einen Bestseller aus der Feder eines ehemaligen Bundesbankers kurzfristig breiteste Aufmerksamkeit.

Deshalb veröffentlichen wir hier zwei Aufsätze in einem Forum: **Migration und Integration**, die sich mit verschiedenen Aspekten der Debatte intensiv auseinandersetzen. *Dirk Lange* und *Tammo Grabbert* unterziehen in ihrem Beitrag die von *Thilo Sarrazin* in seinem Buch „Deutschland schafft sich ab“ aufgestellten Thesen einer wissenschaftlichen Prüfung und zeigen ihre weitgehende Unhaltbarkeit auf. Zudem formulieren sie Erklärungsansätze für den enormen Erfolg des Buches, der auf elementare soziale und politische Problemlagen hinweist. Aufbauend auf diesen Schlussfolgerungen analysiert der Beitrag Möglichkeiten und Handlungsbedarfe für entsprechende Interventionen im Rahmen der migrationspolitischen Bildung.

Vor dem Hintergrund der Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland zu einer Einwanderungsgesellschaft setzt sich der Beitrag von *Axel Schulte* mit der jüngeren Integrationspolitik auseinander. Der Beitrag verdeutlicht unter den Gesichtspunkten der politischen Opportunität und institutionalisierten Ungleichbehandlung, wie in der überkommenen Anwerbungs- und Ausländerpolitik mit der Frage der Integration umgegangen wurde, und untersucht daran anschließend das Verhältnis der jüngeren Integrationspolitik zu einer menschenrechtsbasierten Politik.

Der **Schwerpunkt Institutionen und Umweltpolitik in Deutschland**, der von *Ellen M. Immergut* und *Matthias Orłowski* als special editors organisiert wurde, untersucht verschiedene Phasen deutscher Umweltgesetzgebung. Die Fallstudien dieses Schwerpunktes beleuchten die Einführung *marktbasierter Steuerungsmechanismen* im Bereich der Umweltpolitik: Die Einführung des Grünen Punktes und des Dualen Abfallwirtschaftssystems 1991 (*Daniel Seifert*), den langwierigen Konflikt um die Einführung des Dosen-

pfands in Deutschland zwischen 1998 und 2003 (*Robert Hoffmann*) sowie die Ausarbeitung der Nationalen Allokationspläne in Deutschland und im Vereinigten Königreich, in denen nationale Emissionsmengen für die erste Handelsphase des 2005 eingerichteten Emissionshandelssystems der Europäischen Union festgelegt wurden (*Matthias Orłowski* und *Wolfgang Gründinger*). Die hier präsentierte institutionalistische Forschung (siehe den theoretischen Ansatz von *Ellen M. Immergut*) belegt, dass Marktlösungen keineswegs stets planmäßig umgesetzt werden und im Folgenden so funktionieren, wie es deren Entwurf am grünen Tisch erwarten ließe. Diese „Abweichungen“ sind das Resultat originär politischer Prozesse. Politische und gesellschaftliche Akteure setzen die ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen dazu ein, Policy-Lösungen in ihrem Sinne zu beeinflussen. Damit sind also sowohl die Entscheidung für die Einrichtung eines Marktes als auch dessen konkrete Ausgestaltung das Resultat politischer Entscheidungen, die von verschiedenen Akteuren innerhalb eines politisch-institutionellen Kontextes ausgehandelt werden. Um die Auswirkungen dieser Aushandlungsprozesse auf die konkrete Politikgestaltung und Umsetzung aufzudecken, untersuchen die Beiträge des Schwerpunktes sowohl die Entwicklung normativer Zielsetzungen als auch den politisch-institutionellen Kontext, der die Ausgestaltung und damit auch die Funktionsweise der angeführten Umweltpolitiken prägte (eine ausführliche Erläuterung findet der Leser in der Einleitung zum Schwerpunkt).

Einen vergleichbaren Ansatz stellt *Dirk A. Heyen* in seinem Aufsatz vor. Anhand der Analyse der Ausstiegsregelungen zu Kernenergie und Kohlesubventionen untersucht er die Bedingungen und Strategien für die Abschaffung von ineffizienten oder aus anderen Gründen nicht mehr gewünschten *Policies* und geht insbesondere der Frage nach, ob die *Aushandlung* der Beendigungsmodalitäten mit den bisherigen Nutznießern einer Politik ein attraktiver Weg für terminierungswillige Regierungsparteien ist. Welche politischen und atomrechtlichen Konsequenzen die entsprechenden Akteure nach dem größten nuklearen Unglück seit Tschernobyl in Fukushima ziehen, war zum Zeitpunkt der Drucklegung noch nicht absehbar. Mit zentralen Fragen der regulativen Politik im Interesse des Gemeinwohls beschäftigt sich *Jørgen Grønnegaard Christensen* in seinem Beitrag. Er analysiert zum einen, welche Rolle die betroffenen Interessengruppen in der regulativen Politik und der Regulierungsverwaltung spielen, zum anderen inwieweit die Regulierungsverwaltung zwischen dem Interesse des Gemeinwohls und den regulierten Interessen innerhalb des privaten Sektors abwägt.

Annette Elisabeth Töller und *Marcus Dittrich* widmen sich einer speziellen Form der Privatisierung, sie vergleichen die Zuständigkeiten für den Maßregelvollzug in den deutschen Bundesländern. Der Artikel gibt einen Überblick über die bislang erfolgte Privatisierung dieser heiklen Staatsaufgabe und skizziert weitere politikwissenschaftliche Forschungsperspektiven, die sich zunächst mit den Ursachen für die Privatisierung (und für die erheblichen Unterschiede zwischen den Bundesländern in der Privatisierungspolitik) und daran anschließend mit deren Folgen befassen.

Einen internationalen Vergleich trägt *Carina Schmitt* mit ihrem Beitrag bei; sie untersucht einerseits, ob sich der Staat als Unternehmer aus der Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen zurückgezogen hat und andererseits ob dabei Konvergenz im internationalen Vergleich festgestellt werden kann. Der Beitrag zeigt, dass sich die Entwicklung im Telekommunikations-, Post- und Bahnsektor stark unterscheidet, wobei der Rückzug des Staates aus allen drei Sektoren feststellbar ist. Auch viele Kommunen haben in den vergangenen Jahren ihre Aufgaben aus der Kernverwaltung in verselbstständigte Aufgaben-

träger ausgegliedert, dieser Trend ist trotz einzelner Rekommunalisierungen ungebrochen. Der Beitrag von *Andreas Lasar*, *Gabriele Buchholz* und *Andreas Hellenbrand* widmet sich der integrierten Konzernsteuerung in der Kommunalverwaltung und beschreibt, ausgehend von der Begriffsklärung und Darstellung der spezifischen Merkmale des kommunalen Konzerns, die Problemlagen der kommunalen Konzernsteuerung und Anforderungen an eine integrierte Konzernsteuerung in der Kommune.

Mit diesem siebten Heft tritt **dms** gewissermaßen in die Periode der Förderung durch die **DFG** ein. Um die dadurch gestellten Erwartungen an uns noch besser erfüllen zu können, haben wir uns personell weiter verstärkt. *Sabine Kuhlmann* tritt in den Kreis der Herausgeber ein, und mit *Janbernd Oebbecke* haben wir einen weiteren Juristen für den Beirat gewonnen.

Möge auch dieses Heft ein reges Interesse finden.

Hannover, im März 2011

Bernhard Blanke und Maren Kellermann

